

ROLAND KULKE

DER KOALITIONSVERTRAG DER EUROPÄISCHEN ELITEN

**IM FRÜHJAHR 2017 WERDEN DIE WEICHEN FÜR DIE
ZUKUNFT EUROPAS GESTELLT**

In der Europäischen Union geht es ans Eingemachte: Mit dem kalten Putsch gegen die Syriza-Regierung sollte möglichen progressiven Reformen auf EU-Ebene ein Riegel vorgeschoben werden; die Abstimmung über den Brexit droht weitere Austritte nach sich zu ziehen; und auf Druck vieler Nationalstaaten verhält sich die Europäische Union gegenüber Kriegsflüchtlingen aus Nahost unmenschlich und arbeitet mit der Nato an deren «Abwehr». Die politischen Eliten in den Nationalstaaten und in Brüssel stehen vor die Wahl, entweder dem Finanzkapitalismus die Gefolgschaft aufzukündigen oder einen zunehmend autoritären Regierungsstil an den Tag zu legen. Die Alternative heißt soziale Demokratie oder autoritärer Exekutivismus. Im Moment scheint es so, als würden die Regierungen eher gegen ihre BürgerInnen regieren wollen, als dem Finanzkapital die Profitrate zu kürzen – die entsprechende Strategie ist dem «Fünf-Präsidenten-Papier» zu entnehmen. Die europäische Linke ist gut beraten, bis 2017 darauf eine kohärente Antwort zu präsentieren.

Im Juni 2015 haben die fünf Präsidenten der EU-Institutionen – Jean-Claude Juncker (Europäische Kommission), Martin Schulz (Europäisches Parlament), Mario Draghi (Europäische Zentralbank), Donald Tusk (Euro-Gipfel) und Jeroen Dijsselbloem (Euro-Gruppe) – unter dem Titel «Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden» ein Strategiepapier veröffentlicht. Es soll einen Ausweg aus den vielen Krisen der EU aufzeigen und arbeitet mit zwei Zeithorizonten. Die ersten Reformen sollen bis Mitte 2017 abgeschlossen sein und im gegenwärtigen Rechtsrahmen der EU implementiert werden können. Die anderen sollen bis 2025 umgesetzt werden, wozu der Lissabon-Vertrag zu ändern wäre. Zu diesem Zweck soll im Frühjahr 2017 ein Weißbuch der Europäischen Kommission (KOM) erscheinen.

Es ist lohnend, den Bericht der fünf Präsidenten eingehend zu studieren und ausführlich zu diskutieren. Denn eine Besonderheit der EU besteht darin, dass sie – anders als Nationalstaaten – regiert wird ohne Regierung. Zwar verfügt die EU über ein Ensemble von Staatsapparaten, aber über keine Regierung, die den einzelnen Gliedern ihres institutionellen Baues mithilfe etwa einer Regierungserklärung oder eines Koalitionsvertrages Leben einhauchen könnte. Diese Rolle spielen in Brüssel Strategiepapiere, die – aus langen Konsensgesprächen geboren – den «Geist» der Union zum Ausdruck bringen, allen Apparaten ihre Handlungslogik vermitteln, Hierarchien zwischen ihnen herstellen und Interes-

sen definieren. Das «Fünf-Präsidenten-Papier» ist also so etwas wie der Koalitionsvertrag der europäischen Eliten. Wer wissen will, was diese planen und in petto haben, muss sich mit diesem Dokument beschäftigen – und Antworten darauf entwickeln. Im Folgenden soll ein Überblick über den Inhalt des «Fünf-Präsidenten-Papiers»¹ gegeben und einige besonders wichtige Kritikpunkte vorgestellt werden.

DIE ZIELE DES STRATEGIEPAPIERS

Den Autoren des Berichts geht es darum, «eine bessere wirtschaftspolitische Steuerung im Euro-Währungsgebiet vorzubereiten», und um eine «stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, Konvergenz und Solidarität». Weiter heißt es: «Tatsächlich sollte die Vollendung und vollständige Ausschöpfung des Binnenmarktes für Waren und Dienstleistungen, Digitales, Energie und Kapital Teil eines kräftigeren Impulses für die Wirtschaftsunion sowie Beschäftigung und höheres Wachstum sein» (2). Bessere Steuerung, höheres Wachstum, mehr Beschäftigung – das sind wahrlich keine schlechten Ziele in Zeiten einer wirtschaftlich und sozial auseinanderbrechenden Europäischen Union. Aber lassen sie sich mit den im Papier aufgezeigten Methoden erreichen?

Es ist auffallend, dass gleich zu Beginn das Problem der makroökonomischen Schocks erwähnt wird. Angesicht einer einheitlichen Währung und einer einheitlichen Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB), die die Zinsen

für das gesamte Eurogebiet festlegt, müssten die Länder, so die Auffassung der fünf Präsidenten, jedes für sich intern die Schocks abfedern können, denn «relative Preisanpassungen [werden] nie so rasch erfolgen wie Wechselkursanpassungen» (4). In der Terminologie der europäischen Eliten heißt «flexible Preise», die Löhne sollen schnell gesenkt werden können, wenn dies für die jeweiligen nationalen Unternehmen nötig zu sein scheint.

ARBEITERINNEN ZAHLEN FÜR FEHLENDE INNOVATIONEN

Im Kapitel Wirtschaftsunion geht es den Präsidenten um die Realwirtschaft in den Eurostaaten, vor allem darum, wie eine verstärkte Konvergenz, eine Annäherung bei Wachstumsraten, Stabilität etc. stattfinden kann. Die Geldpolitik sei bereits zentralisiert, nun müssten auch andere Wirtschaftsbereiche zentral geregelt werden. Es liege im Interesse aller, «wirtschaftliche Strukturen und Sozialsysteme zu modernisieren und dafür zu sorgen, dass Bürger wie Unternehmen sich neuen Anforderungen Trends und Herausforderungen anpassen und davon profitieren können». Es sei nun einmal so, dass «umfangreiche Mittelübertragungen zwischen den Mitgliedern [der Eurozone] nicht vorgesehen sind und die Arbeitskräftemobilität relativ gering ist». Staaten könnten sich nur auf ihre «komparativen Vorteile im Binnenmarkt» verlassen, um «Beschäftigung auf hohem Stand» halten zu können (8). Weitere Strukturreformen seien in allen Staaten nötig.

So soll «ein europaweites System von Einrichtungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit» geschaffen werden, damit «alle Mitglieder mit dem gleichen Elan auf die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit hinarbeiten. Es wird empfohlen, dass jeder Euro-Mitgliedstaat eine nationale Stelle einrichtet, die seine Leistungen und seine Strategien in Sachen Wettbewerbsfähigkeit beobachtet.» Die Aufgabe dieser Räte sei es, «zu beurteilen, ob die Löhne sich entsprechend der Produktivität entwickeln», weil: «Eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft zeichnet sich letztendlich dadurch aus, dass ihre Institutionen und ihre Politik produktiven Unternehmen den Rahmen dazu bieten zu prosperieren.» Die nationalen Räte zur Überwachung der Lohnentwicklungen würden von der Kommission koordiniert, ihre Stellungnahmen würden «bei Tarifverhandlungen als Richtschnur zugrunde» gelegt werden (9).

Als Ende April 2016 in Brüssel auf einer Veranstaltung über diese Räte diskutiert wurde, sagte der Vertreter der Kommission ausdrücklich, sie wolle in allen Staaten eine Institution haben, die erstens ihr, der Kommission, Wissen vermittelt, zweitens den nationalen Diskurs beeinflusst und drittens ihn auch international vergleichbar macht. Damit beabsichtige die Kommission, so kritisiert der Vorsitzende des Beschäftigungs- und Sozialausschusses des Europäischen Parlaments, Thomas Händel, «faktisch einen Wettlauf nach unten bei den Löhnen» zu institutionalisieren.² Dass er damit richtig lag, wurde klar, als der Kommissionsvertreter ein Papier hochhielt, auf dem vier Euroländer verzeichnet waren, die in ihren Lohnentwicklungen alle über ihrem eigenen Produktivitätswachstum lagen, und dies als Skandal bezeichnete. Nicht auf seinem Blatt aufgeführt waren jedoch die Länder, die wie Deutschland jahrelang über Lohndumping weit unter dem angebrachten Lohnzuwachs ihre Wirtschaft fit gemacht und damit wesentlich zur Krise beigetragen haben. Ob gewollt oder nicht, diese Demonstration zeigte, dass es

der Kommission keinesfalls um die in der Realität so nötige Koordinierung einer progressiven Lohnpolitik geht, sondern nur einseitig um eine Lohnsenkung.

Die Wettbewerbsräte fördern nicht nur das Lohndumping, sondern verhindern nach Meinung des Ökonomen Fabio De Masi, der für DIE LINKE im Europäischen Parlament sitzt, Wachstum, weil die von den fünf Präsidenten vorgeschlagene Politik einer Subventionierung unproduktiver Unternehmen gleichkommt.³ Vielleicht passt die von ihnen angestrebte dauerhafte Senkung des Lohnanteils am Bruttosozialprodukt zur generellen Tendenz im Spätkapitalismus, der sich dadurch auszeichnet, dass das Produktivitätswachstum strukturell abnimmt und eine «angemessene Profitrate» nur durch die erhöhte Ausbeutung der ArbeiterInnen gesichert werden kann, aber nicht mehr durch ein Mehr an Qualität und Investitionen.

DIE WIEDERERÖFFNUNG DES CASINOS

Im Kapitel zur Finanzunion geht es im Strategiepapier darum, den Euro als einheitliche Währung mit einem dazugehörigen einheitlichen Finanzsystem zu unterlegen, das heißt, das Bankensystem für die Eurozone zu vereinheitlichen. Banken sollen überall nach denselben Regeln funktionieren, nach denselben Regeln überwacht und gesichert werden. Ziel sei es, die SteuerzahlerInnen bei der nächsten Wirtschafts- und Finanzkrise vor kollabierenden Banken zu schützen (Bankenunion) und den Kapitalfluss zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern (Kapitalunion). Letzteres würde, so die Behauptung der Autoren, das Wachstum erhöhen und auch gegen zukünftige Schocks vorbeugen.

Die Bankenunion soll auf drei Säulen ruhen: einer einheitlichen Bankenaufsicht, zentralisiert bei der EZB, einer einheitlichen Bankenabwicklung und einer einheitlichen Einlagensicherung. Die ersten beiden Punkte werden bereits jetzt von der EU-Ebene aus zentral gesteuert. Bei der Einlagensicherung sollen alle Banken gemeinsam die Einlagen aller ihrer SparerInnen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro absichern. Diese Sicherung soll aber erst ab 2017 implementiert werden und 2024 vollständig funktionieren. Eine solche Einlagensicherung scheint auf den ersten Blick eine gute Sache zu sein, ist aber nur ein weiteres Geschenk an das Finanzkapital, denn die Kosten für die Versicherung tragen nicht die Banken, sondern die SteuerzahlerInnen, da die Beiträge der Banken viel zu gering sind.⁴ Bevor die BürgerInnen zur Kasse gebeten werden, werden sie zunächst aber dank den neuen «Bail-in»-Richtlinien als AnlegerInnen bei der Bank direkt für die Schulden «ihrer» Bank verantwortlich gemacht. Ihre Guthaben werden also für die Begleichung der Schulden der Bank herangezogen. Dagegen ist von einer Lösung des viel wichtigeren Problems des «too big to fail» bei der Bankenunion überhaupt nicht die Rede, was einmal mehr bestätigt, dass unter dem Deckmantel einer eigentlich notwendigen Reform doch wieder nur das Vermögen des oberen einen Prozents abgesichert werden wird.

Nach Analyse der Kommission leidet die europäische Wirtschaft vor allem daran, dass Unternehmen keinen Zugang zu Kapital erhielten, um zu investieren, und bei Krediten nach wie vor zu stark von Banken abhingen. Deswegen müsse es für sie eine «stärkere Diversifizierung der Finanzierungsquellen» geben. «Wirklich integrierte Kapitalmärkte würden zudem einen Puffer gegen systematische Schocks im Finanzsektor bilden und die private Risikoteilung über Ländergrenzen hinweg stärken.» Des Weiteren sollen im Zuge der

Kapitalunion Gesetze geändert werden, damit es zur «Wiederbelebung des EU-Markts für hochwertige Verbriefungen» kommt (14).

Auch wenn das Thema Finanzmarktkontrolle zu Unrecht nicht mehr so en vogue zu sein scheint wie unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise, ist die Frage, wie frei das Finanzkapital walten darf, von essenzieller Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften. Damals hieß ein Slogan «Macht das Bankengeschäft wieder langweilig!». Banken sollten Ersparnisse sicher anlegen und Kredite an Unternehmen geben. Das sollte es gewesen sein – langweilig eben. Dagegen will die Kommission zurück in die Zeit kurz vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers. Der Markt für die unseligen «Verbriefungen» soll wieder wachsen, die eine der Hauptursachen und -auslöser der Krise waren. Bei diesen «Verbriefungen» geht es um die Zerlegung und den Weiterverkauf von (unsicheren) Krediten. Problematisch war dabei, dass das Risiko gebündelter Kredite sich so über die ganze Finanzbranche verbreitete. Entgegen der Mehrheitsmeinung in der Volkswirtschaftslehre führte diese Streuung von Risiko nicht zur Stabilisierung des Finanzsystems, sondern wirkte wie eine Zeitbombe, die in den Büchern der Banken versteckt war, dann explodierte und eine Kettenreaktion unvorstellbaren Ausmaßes auslöste.

Die Kommission bereitet so sehenden Auges der nächsten Finanzblase den Boden. Die Gründe dafür sind sowohl systemische Zwänge als auch der unglaubliche Einfluss, den die Finanzlobby über ihre Anwaltskanzleien und Thinktanks in den europäischen Hauptstädten ausübt. Erinnert sei nur an Mario Monti und Lucas Papademos, die vor Beginn der Krise bei Goldman Sachs angestellt waren und danach in Italien und Griechenland als Regierungschefs installiert wurden.⁵ Genauso wichtig ist aber die EZB, die sich in der verzweiferten Lage sieht, eine normale Inflation von zwei Prozent herstellen zu sollen, aber in einem Umfeld agiert, in dem sich alle wirtschaftlichen Sektoren entschulden wollen.⁶ Staaten, Unternehmen und BürgerInnen wollen bzw. müssen sparen, niemand gibt Geld aus, und die Preise fallen in den Keller – es gibt also Deflation. In solchen Zeiten bekommen Unternehmen unter Umständen in der Tat nicht so viele Kredite, wie von ihnen erhofft. In diesem Zusammenhang entstand bei der EZB selbst ab etwa 2012 ein Interesse an einem wieder boomenden Markt für Verbriefungen,⁷ denn der führt tatsächlich zu einer verstärkten Vergabe von Krediten. Ob das der Wirtschaft langfristig hilft, ist aber eher fraglich, denn die Geschichte scheint anderes zu lehren. Festzuhalten ist einstweilen, dass die Ideologie der «schwarzen Null» dazu beiträgt, die EZB in eine Situation zu manövrieren, in der sie sich aus strukturellen Gründen dazu gezwungen sieht, den Markt für Verbriefungen wieder anzuhetzen.

EINE ÖFFENTLICHE HAND, DIE SICH ZIERT

Bei der Fiskalpolitik geht es um die Einnahmen (Steuern) und Ausgaben des Staates (Investitionen, Soziales, Armee etc.). Die fünf Präsidenten wollen die Staatsverschuldung unter Kontrolle halten und sind daran interessiert, dass die sogenannten automatischen Stabilisatoren wirken können. Ein Beispiel für Letztere ist das Arbeitslosengeld, das in Krisenzeiten die Kassen mehr belastet, da mehr Menschen darauf angewiesen sind. Diese erhöhten Ausgaben sind für eine in die Krise geratende Wirtschaft von großer Bedeutung, da sie die lebenswichtige Nachfrage nach Gütern sichern, und da-

mit den Profit. Bisher werden die automatischen Stabilisatoren rein national finanziert, eine supranationale Absicherung wäre durchaus wünschenswert. Da allerdings die nationalen Wirtschaften noch nicht genug integriert seien, so die Autoren in ihrem Strategiepapier, könne ein solch gemeinsames Bundesbudget auf absehbare Zeit nicht eingeführt werden. Deswegen bleibe nur die Kontrolle der einzelstaatlichen Haushalte übrig, um Ungleichgewichte zu verhindern (16). Bereits heute muss jede Regierung eines EU-Mitgliedstaates der Kommission ihren Budgetentwurf für das nächste Jahr vorlegen, bevor sie ihn dem eigenen Parlament zur Beratung präsentieren darf. Wenn die Kommission der Ansicht ist, dass der Staat mehr Geld ausgeben wird, als er absehbar zur Verfügung hat, kann sie eine Wiedervorlage mit angepassten Zahlen verlangen.

Nun könnte man sich zu Recht freuen, dass die Präsidenten zu einer verstärkten Bündelung der Kräfte der Mitglieder der Eurozone aufrufen, denn mit einer solchen Koordination könnte tatsächlich eine einbrechende Konjunktur gestützt werden und wäre Raum für eine intelligente Wirtschaftspolitik. Gerade solch eine Möglichkeit aber wird ausgeschlossen, wenn es in ihrem Papier heißt, dass die «Funktion zur fiskalischen Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes» – gemeint ist ein gemeinsames Budget – «nicht in einer aktiven Feinsteuerung des Konjunkturzyklus auf Ebene des Euro-Währungsgebietes» bestünde (17). Man kann daraus nur schließen, dass die anvisierte Koordination der nationalen Budgets nichts anderes meint als die Einhaltung der unsinnigen Stabilitätskriterien, mit der die Austeritätspolitik verewigt wird, keinesfalls aber geschickte Nachfragestimuli, die im Falle eines Falles in die Wirtschaft zu senden wären. Es wird wohl in irgendeiner Form auf das Merkel'sche Instrument hinauslaufen, Staaten, die sich den Strukturanpassungen unterwerfen, mit Geld für Investitionen zu unterstützen.

Die Autoren scheinen jedoch selbst nicht genau zu wissen, was sie wollen. Sie schwanken zwischen dem Wissen um eine notwendig aktivere Wirtschaftspolitik und ihrer neoliberalen Weltanschauung, dass Staatseingriffe in den Konjunkturzyklus Teufelszeug sind. So soll beispielsweise auf dem Juncker-Fonds aufbauend ein «Pool für Finanzierungsquellen und Investitionsvorhaben» geschaffen werden, «auf den – je nach Konjunkturentwicklung – zurückgegriffen werden kann». Gleichzeitig soll diese Stabilisierungsfunktion «kein Instrument zur Krisenbewältigung sein». Klar ist nur, dass es «keine dauerhaften Transferleistungen zwischen Ländern oder in nur eine Richtung» geben darf und dass der erwähnte Pool für Investitionen nicht als Instrument zum Einkommensausgleich benutzt werden darf (17).

Mit Blick auf die Fiskalunion kann man festhalten, dass die fünf Präsidenten und die sie repräsentierenden Kräfte noch keine klare Strategie haben, wie die Einnahmeseite der EU und ihrer Mitgliedstaaten gestaltet werden soll. Ganz kommen sie offensichtlich nicht an der Realität vorbei, dass ihre Austeritätspolitik eine permanente Krise der Realökonomie verursacht.

DEMOKRATIE IM KONJUNKTIV

Hinsichtlich der politischen Union sind sich die fünf Präsidenten bewusst, dass «auf dem Höhepunkt der Krise [...] weitreichende Entscheidungen oft sehr schnell getroffen werden [mussten], manchmal über Nacht. In einigen Fällen wurden zwischenstaatliche Lösungen gewählt, um Ent-

scheidungen zu beschleunigen oder Widerstände zu überwinden. Jetzt ist es an der Zeit, unser politisches Konstrukt zu überdenken und zu konsolidieren und die nächste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen» (19). In der ersten Stufe bis Mitte 2017 sollen die «politische Rechenschaftspflicht» und die «demokratische Teilhabe» verbessert werden. Unter der Überschrift «Eine Schlüsselrolle für das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente» erörtern die Autoren, wie das Recht der Parlamente gestärkt werden könnte, sich in Plenarsitzungen mit VertreterInnen der Kommission besser «auseinandersetzen» (19), oder an welchen Arten von parlamentarischen Treffen die Kommission teilnehmen könnte. Besonders viel scheint ihnen am Recht der nationalen Parlamente zu liegen, eine Kommissarin oder einen Kommissar einzuladen, die/der «dann die Stellungnahme der Kommission zur Haushaltsplanung oder ihre Empfehlung an einen Mitgliedstaat, der Gegenstand eines Defizitverfahrens ist, präsentiert» (19).

Das kaum zu übersehende Demokratiedefizit der EU wird von interessierter Seite häufig mit Verweis auf die Sprachenvielfalt in Europa begründet. Es gebe kein europäisches Volk (keinen europäischen Demos) und so solle man sich doch lieber an den nationalen Rahmen und die eigene Nationalkultur halten – als gäbe es keine Demokratie in der mehrsprachigen Schweiz, im extrem multikulturellen und -lingualen Indien oder in den USA, in denen sich die spanische Sprache zunehmend verbreitet. Der Gegensatz liegt also weniger zwischen nationalen und transnationalen Parlamenten als zwischen einer echten Demokratie und einem Exekutivsystem mit regelmäßiger Wahl eines angehängten Parlaments, in dem weitgehend die Regierungen das Sagen haben. Und Letzteres ist leider zunehmend in Brüssel wie auch auf nationalstaatlicher Ebene der Fall. Wichtig wäre es, dafür zu sorgen, dass die Legislativen, die Parlamente, ihre jeweiligen Exekutiven, ihre Regierungen, unter Kontrolle haben. Deshalb muss das Europäische Parlament gegenüber Rat und Kommission gestärkt werden, nicht gegenüber den nationalen Parlamenten. Die fünf Präsidenten bestätigen diese Lesart des Grundkonflikts unserer politischen Systeme sehr offenherzig, indem sie sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente mit ihren Vorschlägen lächerlich machen.

Das ganze Kapitel zur politischen Union ist eine große Erzählung im Konjunktiv. In den relevanten Absätzen hält sich die Zahl der Verben im Konjunktiv und im Indikativ die Waage. Der Indikativ wird fast nur dazu gebraucht, um die Vergangenheit zu beschreiben, wenn es jedoch um die Stärkung der Demokratie in der Zukunft geht, steht fast ausschließlich der Konjunktiv. Vieles hätte in einem Satz zusammengefasst werden können: «Wir könnten die Demokratie stärken, lassen es aber lieber bleiben.»

Sehr genau beschrieben wird dafür die Zukunft der Euro-Gruppe, die einen ganz unklaren Status besitzt. Man erinnere sich nur an den Rausschmiss des griechischen Finanzministers Varoufakis, der juristisch nicht zu beanstanden war, weil es die Euro-Gruppe rechtlich gar nicht gibt. Sie ist so etwas wie ein Freundeskreis, aus dem man selbstverständlich einzelne Personen ausschließen kann. Gestärkt werden soll aber nicht die gesetzliche Grundlage dieser offensichtlich sehr mächtigen Gruppe, was sie einer möglichen Aufsicht unterwerfen würde, sondern ihr Apparat und ihre Führung. Ein dreifaches Hoch auf die Exekutive!

AUSBLICK

Anfang 2016 hieß es in der Presse, das «Fünf-Präsidenten-Papier» habe sich erledigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe es nicht akzeptiert und wolle erst einmal andere Reformen vorziehen.⁸ Das ist richtig und falsch zugleich. Einerseits wird – das war abzusehen – der Zeitplan nicht einzuhalten sein. Andererseits ist das Strategiepapier der deutschen Regierung so wichtig, dass sie zwei ihrer wichtigsten Thinktanks darauf angesetzt hat, eine neue Version davon zu entwickeln: das Jacques Delors Institut in Berlin und die Bertelsmann Stiftung.⁹ In ihnen sitzen VertreterInnen aus den Staatsapparaten der zentralen Unionsstaaten Deutschland, Frankreich und Italien, des Finanzkapitals (Versicherungen) und von EZB und Nationalbanken. Staat und Finanzkapital planen also die nächsten Schritte, wie man die Eurozone und damit das Herzstück der EU sicherer machen kann – aber sicherer für wen?

Seit Jahren versuchen Parteien, soziale Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs die BürgerInnen der EU dafür zu mobilisieren, gemeinsam gegen den Trend zur permanenten Austerität vorzugehen. Das «Fünf-Präsidenten-Papier» bietet einen Kristallisationspunkt für die Proteste, gleichsam ein Gerüst, an dem die europäische Linke Alternativen und Gegenvisionen entwickeln kann und muss. Denn beim Erscheinen des Weißbuches im Frühjahr 2017 sollte die europäische Linke eine kohärente Antwort haben, um der Politik der europäischen Eliten bei den wichtigen Wahlen, die dann in Tschechien, Ungarn, Deutschland und Frankreich anstehen, eine echte linke europäische Perspektive entgegenzustellen.

Roland Kulke ist Projektmanager im Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der promovierte Politologe arbeitet zu Fragen der internationalen Handels-, Industrie- und Wirtschaftspolitik und zur Krise der europäischen Integration.

1 Der Bericht der fünf Präsidenten findet sich unter: https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf. Darauf beziehen sich auch die nachfolgenden Seitenangaben im Text. 2 Der Beitrag von Thomas Händel findet sich unter: www.igmetallen.de/angriff-auf-tarifautonomie/. 3 Fünf Präsidenten auf Crashkurs. Fabio De Masi über Pläne zur Reform des Euros, Neues Deutschland, 14.1.2016. 4 Vgl. dazu die Rede des Finanzexperten der LINKEN Axel Troost: Bankenunion: ein Haus mit Dachschaden, 25.9.2014, unter: www.linksfraktion.de/reden/bankenunion-haus-dachschaden/. 5 Vgl. Kulke, Roland: Post-Demokratie in Italien und Griechenland ganz praktisch. Eine Regierung der Banken, von den Banken, für die Banken, hrsg. vom Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 21.11.2011, unter: www.rosalux.eu/topics/global-power-and-resistance/post-demokratie-in-italien-und-griechenland-ganz-praktisch/. 6 Vgl. hierzu die Analysen von Koo, Richard: Bilanzrezessionen und die globale Wirtschaftskrise, in: Flassbeck, Heiner u.a.: Handelt Jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft, Frankfurt a.M. 2013, S. 46–75. 7 So Marina Hübner vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung bei einer Veranstaltung des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 23. Mai 2016, die sich um das Fünf-Präsidenten-Papier drehte. 8 Vgl. z.B. Merkel blockt ab, die tageszeitung, 19.1.2016, unter: www.taz.de/!5266616/. 9 Vgl. dazu Häring, Norbert: Making Europe Safe for Axa und Allianz. Das EU-Elitenprojekt startet mit Jörg Asmussen einen neuen Versuch, 28.2.2016, unter: <http://norberthaering.de/de/27-german/news/568-asmussen-delors#weiterlesen>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 10/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Mai 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling